A8 Leitantrag: Schluss mit der Rückschrittsangst. Sicherheit zur Systemfrage machen!

Gremium:	Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin
Beschlussdatum:	23.06.2023
Tagesordnungspunkt:	5. Anträge

Antragstext

Das "Beste für Berlin" - mit diesem Leitspruch ist die Schwarz-Rote Regierung in Berlin vor 12 Wochen angetreten. Die Regierung ist noch keine 100 Tage im Amt und wir merken schon jetzt: das "Beste" will sie nur für einen kleinen Teil Berlins. Während CDU und SPD sichangeblich vorgenommen hatten die Stadt zu einen, zeigt sich nun immer offensichtlicher, dass ihre Strategie auf den Rücken der Ärmsten ausgetragen werden soll.

Während die Verkehrssenatorin den Bau aller Radwege aus ideologischen Grünen blockiert und so den Schutz der Fahrradfahrer*innen gefährdet, will der Bürgermeister Grenzkontrollen an der EU-Binnengrenze zu Polen wiedereinführen, um flüchtende Menschen aus der Stadt zu halten. Anstatt das gesamte Berliner Bildungssystem in den Blick zu nehmen, will die Bildungssenatorin nur Verbesserungen für die Gymnasien erreichen. Zusammenbringen wird das die Stadt nicht und vom "Besten für Berlin" sind wir meilenweit entfernt.

Eure Sicherheit macht uns Angst!

In noch schnellerem Tempo zeigt sich jedoch die Ideologie der Regierung in der Innenpolitik. Kaum ist die neue Koalition im Amt, werden genüsslich die geplanten Gundrechts- und Freiheitseinschränkungen präsentiert. Die Innensenatorin stellt in einem Atemzug demokratische Volksentscheide in Frage und legitimiert gewaltsame Selbstjustiz von Autofahrern gegen Aktivist*innen als "verständlich". Nur mit Blick auf die Straßenblockaden soll das Präventivgewahrsam, was explizit nicht für Versammlungen und Identitätsfeststellung vorgesehen ist, von 2 auf 5 Tage ausgeweitet werden. Innensenatorin Spranger gibt offen zu, dass es sich dabei um eine Abschreckungsmaßnahme gegen die "Letzte Generation" handelt, obwohl solche Maßnahmen eigentlich nur zur Abwehr einer konkreten Gefahr und von schweren Straftaten zulässig sind. Fesgenommene Aktivist*innen sollen in einem unrechtstaatlichen Schnellverfahren abgeurteilt werden. Spranger bricht geltendes Recht, wenn es ihr politisch gerade passt. Die neue Justizsenatorin setzt einen oben drauf und empfiehlt in einer katastrophalen Kommunikation der "Letzen Generation" in den Untergrund zu gehen. Die Polizei soll mit Tasern aufgerüstet, Bürger*innenrechte wie das Versammlungsrecht eingeschränkt, Videoüberwachung ausgeweitet, das Antidiskriminierungsgesetz zurückgeschraubt und marginalisierte Menschen weiter aus der Stadt vertrieben werden. All das bedeutet unendlichen Rückschritt in einer Zeit, in der wir gar nicht schnell genug vorankommen können.

Machen wir Schluss mit der Rückschrittsangst

Wir leben in einer Zeit, in der sich die meisten Berliner*innen vor allem Sicherheit wünschen. Seit der Coronakrise zeigen sich die Auswirkungen der multiplen Krisen auf der Welt in aller Deutlichkeit. Egal ob Klimakrise, Corona oder Inflation. Die Last auf den Schultern der Ärmsten in unserer Gesellschaft ist enorm und die daraus folgende Angst ist noch größer. Die Sicherheit, die die

Berliner*innen brauchen, ist jedoch nicht die Sicherheit, die die Schwarz-Rote Regierung ihnen verspricht.

Sicherheit zur Systemfrage machen!

Sicherheit darf nicht weiter lediglich auf die Polizei fokussiert werden. Was es jetzt braucht, ist ein allumfassendes Verständnis von Sicherheit, dass die Berliner*innen in ihrer Lebensrealität abholt.

Eine Sicherheit, die nicht nur den Besitz von wenigen Reichen in der Stadt schützt. Wir brauchen die Sicherheit eines guten Lebens für alle. Konkret heißt das:

Sicherheit ist, wenn dein Job genug Geld über das Ende vom Monat hinaus abwirft.
Sicherheit ist, wenn dein Schulabschluss nicht deine Lebenspläne zerstört.
Sicherheit ist, wenn du mit dem Fahrrad ohne Sorge unterwegs sein kannst.
Sicherheit ist, wenn du keine Angst vor der Polizei haben musst.

Als GRÜNE JUGEND Berlin werden wir uns diesen Sommer dem Thema Innen- & Sicherheitspolitik annehmen. Dabei werden wir auf Landes- und Bezirksebene das Thema progressiv besetzen und den konservativen Sicherheitsbegriff in Frage stellen. Dafür werden wir uns innerhalb des Verbandes umfassend zu den Themen bilden und mit Berliner*innen ins Gespräch kommen. Gemeinsam mit den Menschen wollen wir uns fragen, wie echte und nachhaltige Sicherheit aussehen kann. Wir wollen mit ihnen Forderungen entwickeln und diese lautstark auf die Straße bringen. Es ist an der Zeit, einen neuen und ganzheitlichen Sicherheitsbegriff zu etablieren, der die Berliner*innen in ihrer Lebensrealität berührt und abholt.

Wir werden die rückschrittlichen Pläne der Schwarz-Roten Chaos-Koa durchkreuzen und gegen ihre restriktive Innenpolitik der Angst ankämpfen.

Denn für uns heißt es ab jetzt: Sicherheit zur Systemfrage machen!

Begründung

erfolgt mündlich